



---

**Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und  
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge**

19. Sitzung (nicht öffentlich)

25. September 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 Uhr bis 13.05 Uhr

Vorsitz: Bodo Champignon (SPD)

Stenograph: Otto Schrader

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

**1 Ergebnisse der Nachprüfungen der Gutachterergebnisse der Medizinischen  
Dienste der Krankenkassen in Rheinland und Westfalen-Lippe**

Zu dem obengenannten Thema hört der Ausschuß Vertreter der beiden  
nordrhein-westfälischen Medizinischen Dienste der Krankenkassen.

(Diskussionsprotokoll Seite 1)

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen  
für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/1200

Aus Zeitgründen vertagt der Ausschuß den Beginn der Einzelberatungen über  
den Haushaltsplanentwurf auf die nächste Sitzung.

(Kein Diskussionsprotokoll)

**3 Geringfügige Beschäftigung sozialverträglich gestalten**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 12/1285

Aus Zeitgründen vertagt der Ausschuß die Behandlung dieses Punktes auf die nächste Sitzung.

(Kein Diskussionsprotokoll)

**4 Die Drogenprävention in NRW verbessern - Präventions-Vereinbarung erarbeiten**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/1233

Auch die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt vertagt der Ausschuß auf die nächste Sitzung.

(Kein Diskussionsprotokoll)

**5 Dezentralisierung des Maßregelvollzugs**

Der Ausschuß kommt einvernehmlich überein, zu dem Thema "Weiterentwicklung des Maßregelvollzugs" und zu einem von der CDU-Fraktion angekündigten entsprechenden Antrag am 6. November eine Anhörung durchzuführen. Der Fragenkatalog und die Anzuhörendenliste werden von den Fraktionssprechern und dem Vorsitzenden vereinbart.

(Diskussionsprotokoll Seite 20)

\*\*\*\*\*

und ob nachher mit den Pflegedienstleitungen noch einmal alle Fälle oder nur die problematischen besprochen würden. In all dem würden schwerwiegende methodische Unterschiede deutlich, die zu unterschiedlichen Ergebnissen führen müßten, und zwar neben den Unterschieden, die soziodemographisch bedingt seien.

Da die Pflegeversicherung ein sozialgeschichtliches Ereignis sei, das nicht umkehrbar sei, werde man es mit den Problemen auch in Zukunft zu tun haben. Auch vor diesem Hintergrund könne er die beiden Medizinischen Dienste nur bitten, sich auf einheitliche Kriterien und Methoden zu verständigen.

**Vorsitzender Bodo Champignon** kündigt an, er werde, wie vom Ausschuß angeregt, beide Medizinischen Dienste anschreiben und sie bitten, die Differenzen, die es in der Beurteilung der Pflegebedürftigkeit gebe, abzustellen.

**Zu Tagesordnungspunkt 2 - Stichwort: Haushalt - siehe Beschlußteil, Seite I.**

**Zu Tagesordnungspunkt 3 - Stichwort: geringfügige Beschäftigung - siehe Beschlußteil, Seite II.**

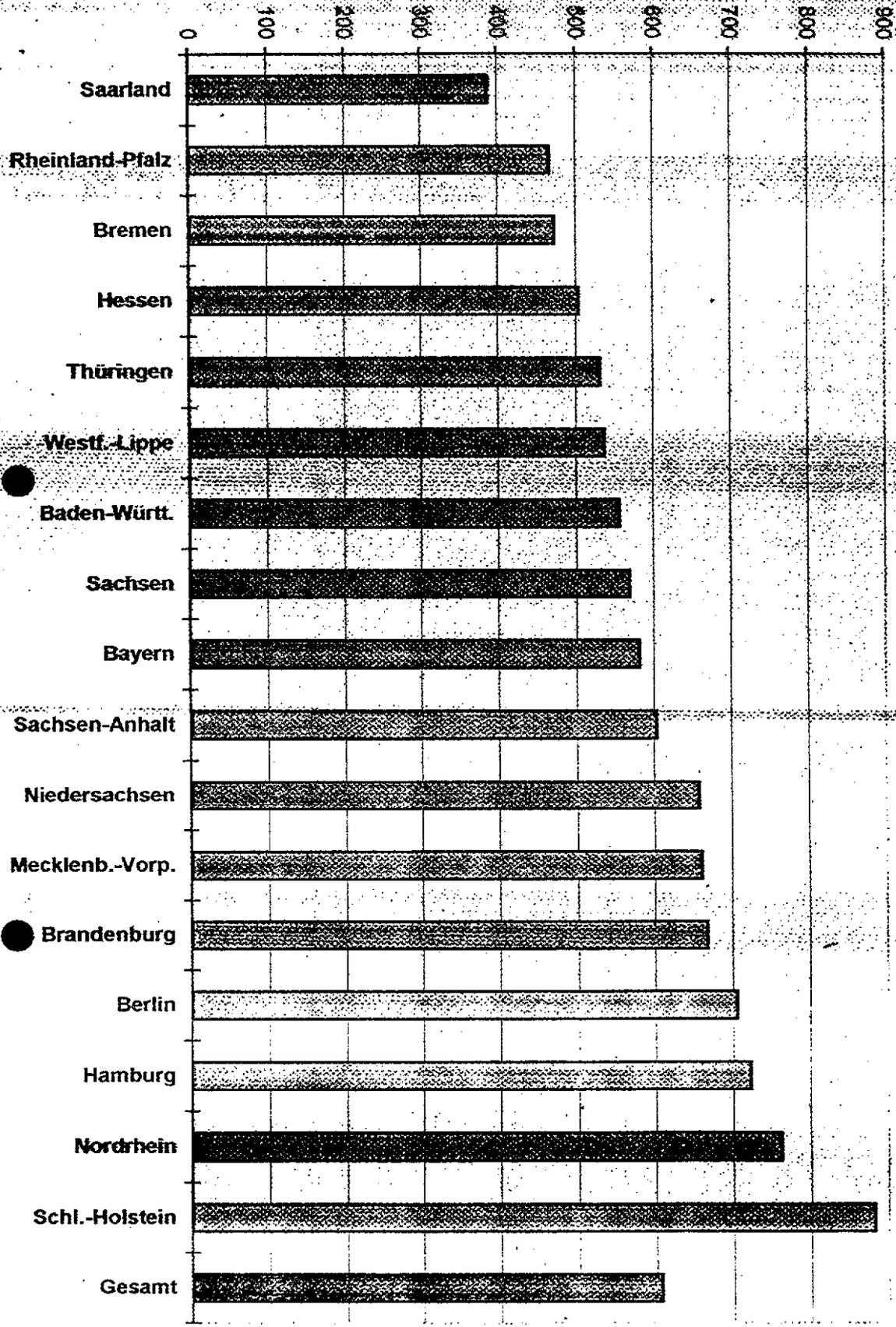
**Zu Tagesordnungspunkt 4 - Stichwort: Drogenprävention - siehe Beschlußteil, Seite II.**

## **5 Dezentralisierung des Maßregelvollzugs**

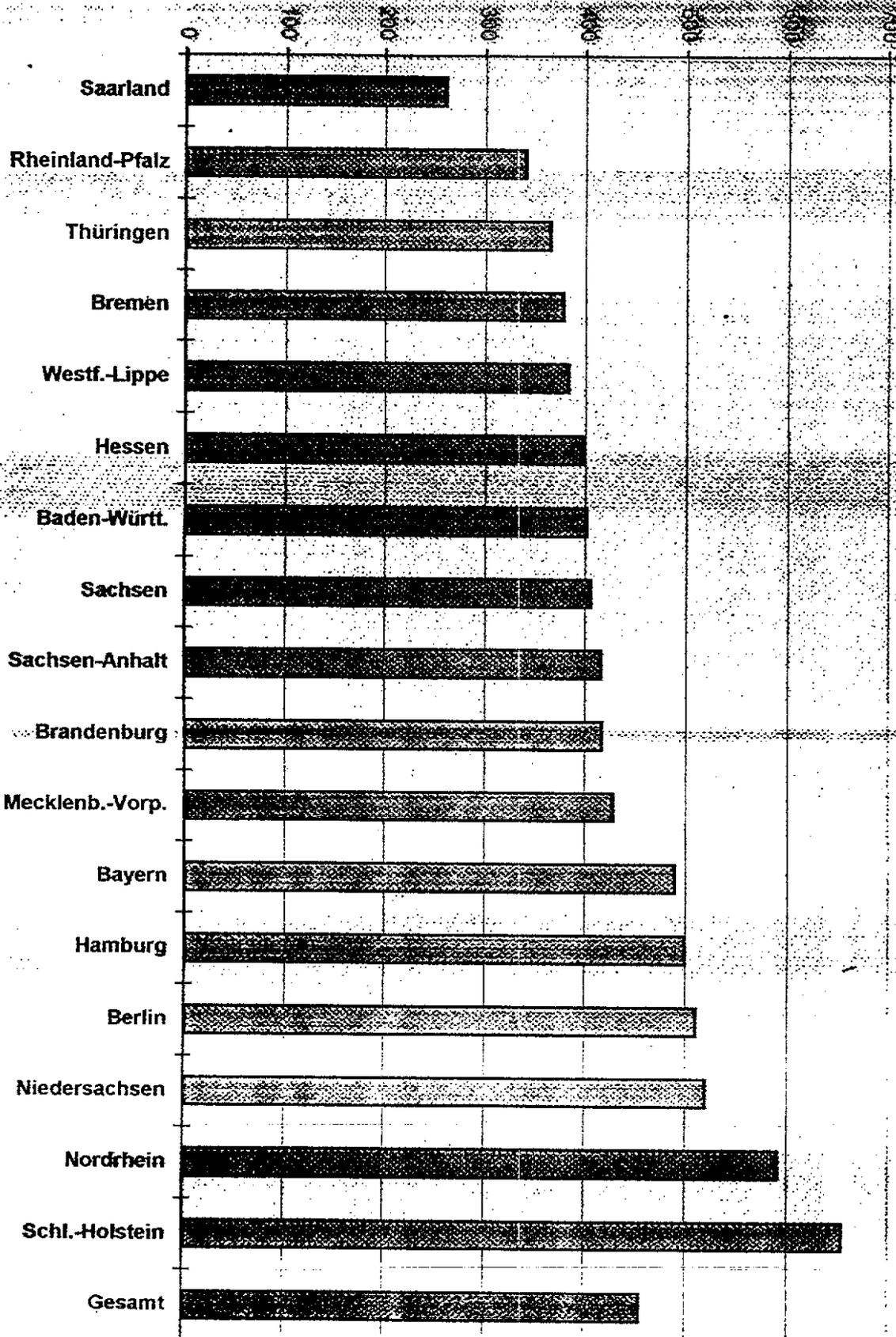
**Wolfram Kuschke (SPD)** legt dar, man sei sich über die Fraktionsgrenzen hinweg einig, daß eine Dezentralisierung des Maßregelvollzugs insbesondere im westfälischen Landesteil notwendig sei. Nach dem Maßregelvollzugsgesetz hätten die beiden Landschaftsverbände die entsprechenden Aufgaben wahrzunehmen. Auf dieser Grundlage habe sich der Landschaftsverband Westfalen-Lippe mit der Frage der Weiterentwicklung des Sicherheitskonzepts und der Dezentralisierung beschäftigt. Die Bitte der SPD-Fraktion in diesem Ausschuß, sich erneut mit Fragen des Maßregelvollzugs zu beschäftigen, resultiere nicht in erster Linie aus der Diskussion um den Standort Herten, sondern aus der Vorlage des Gutachtens der Expertenkommission, die vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe eingesetzt worden sei. Die Probleme, die diese Expertenkommission aufgegriffen habe, hätten Bedeutung über den Landesteil Westfalen-Lippe hinaus, und bei Sicherheitskonzepten im Maßregelvollzug



**Stationäre Pflege**  
**Eingegangene Erstaufträge je 100.000 Einwohner**  
**Stand: 30.05.1996**



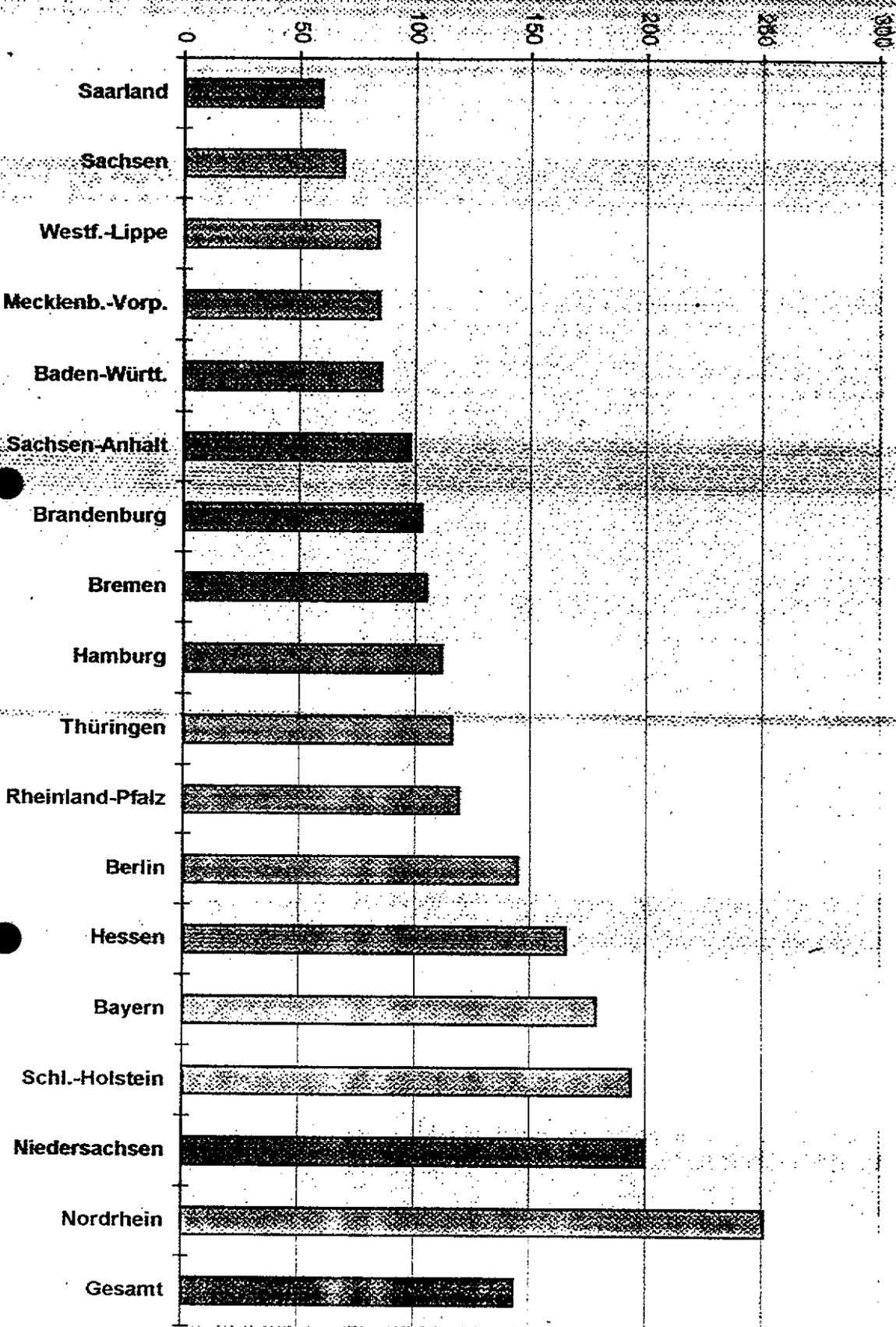
Pflegebedürftige insgesamt



Stationäre Pflege  
Pflegebedürftige insgesamt je 100.000 Einwohner  
Modellrechnung

**Stationäre Pflege  
Pflegebedürftige der Pflegestufe III je 100.000 Einwohner  
Modellrechnung**

Pflegebedürftige Stufe III



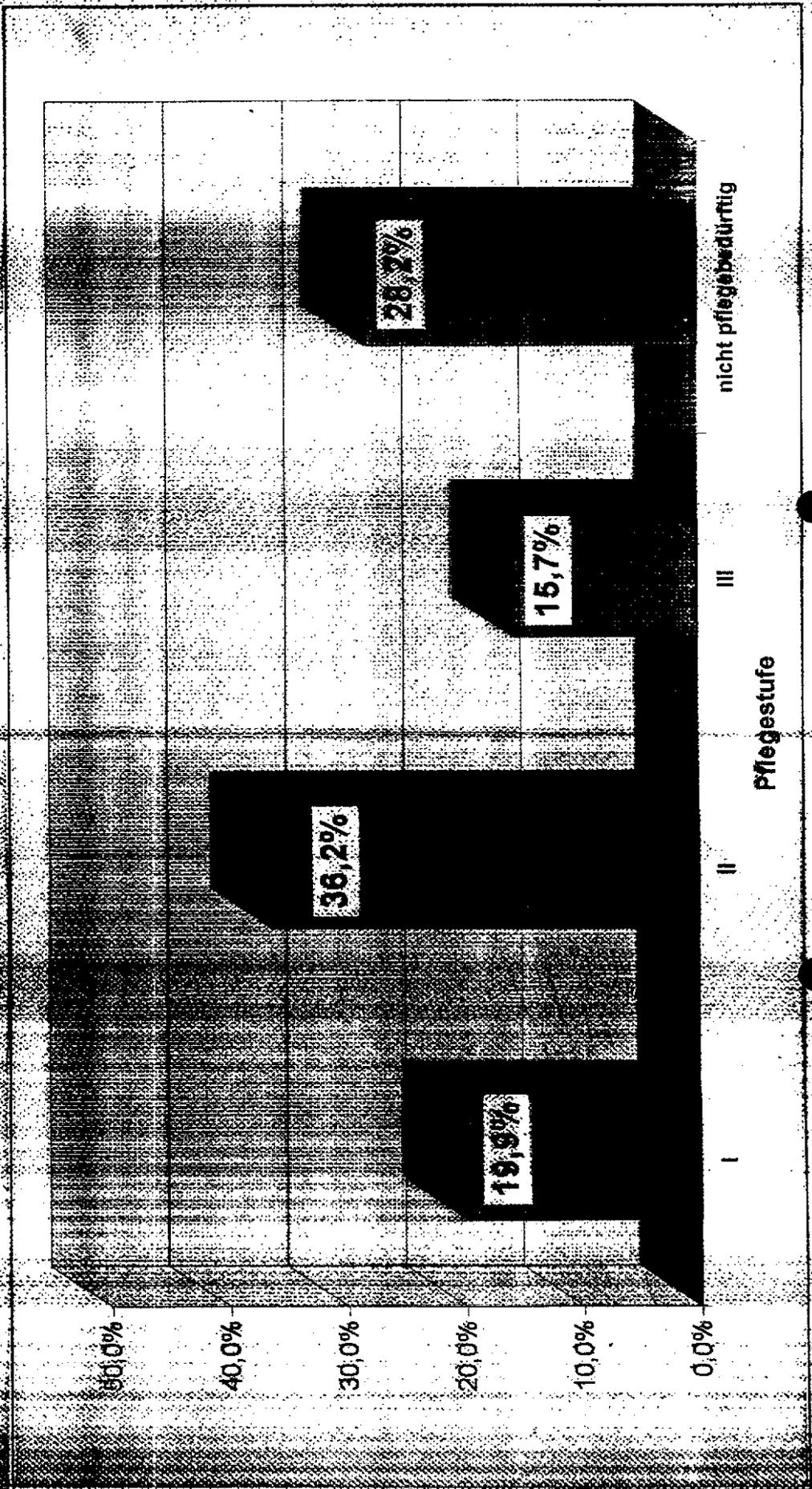


Medizinischer Dienst  
der Krankenversicherung  
Westfalen-Lippe

Controlling/EDV

# Pflegestufeneinteilung in v.H. der Anträge

Stationäre Pflege  
vom 01.01.1996 bis 30.06.1996



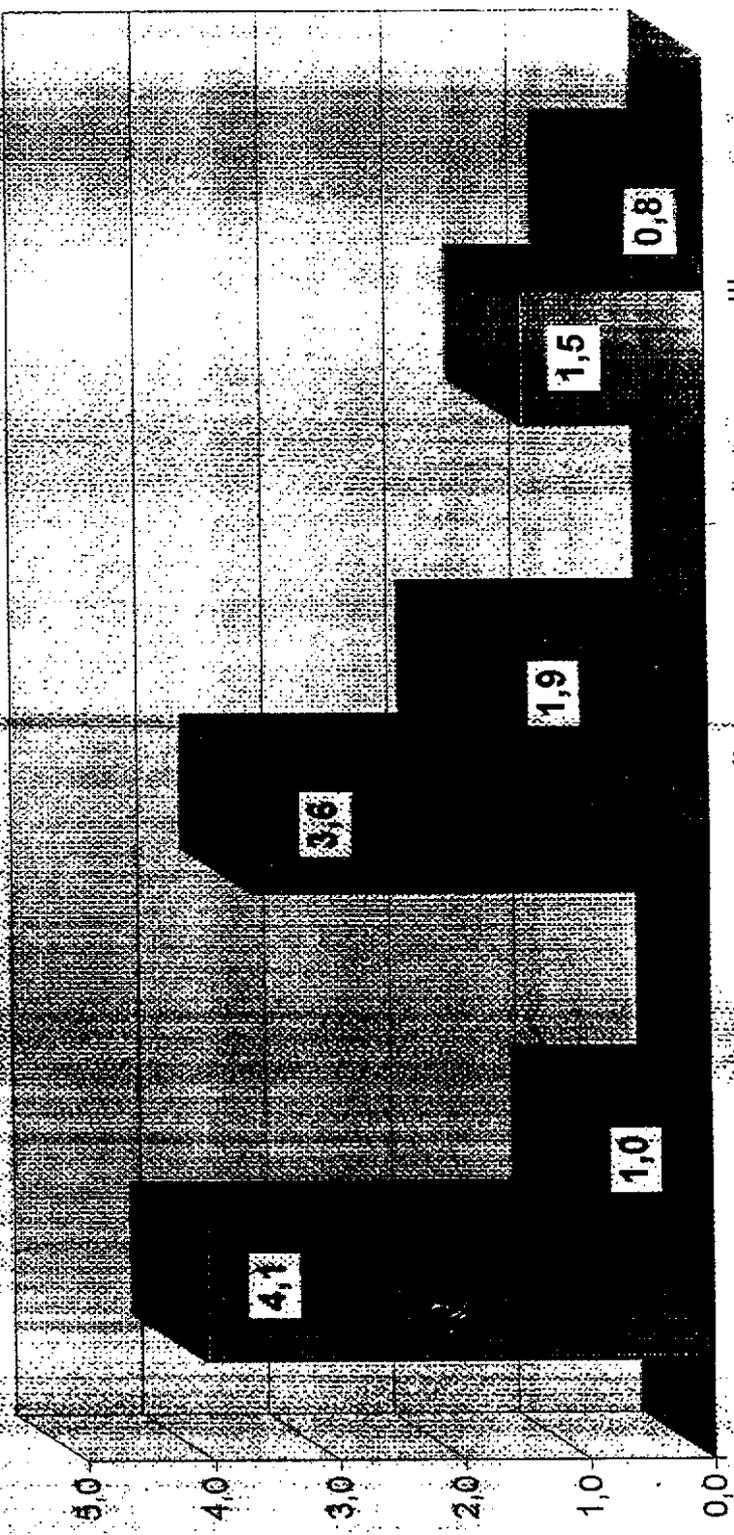


Westfälischer Dienst  
der Krankenversicherung  
Westfälisch-Lippe

ControllingEDV

Personenentwicklung  
2000 Einwohner

■ Ambulante Pflege 1998  
■ Stationäre Pflege 1. Halbjahr 1996



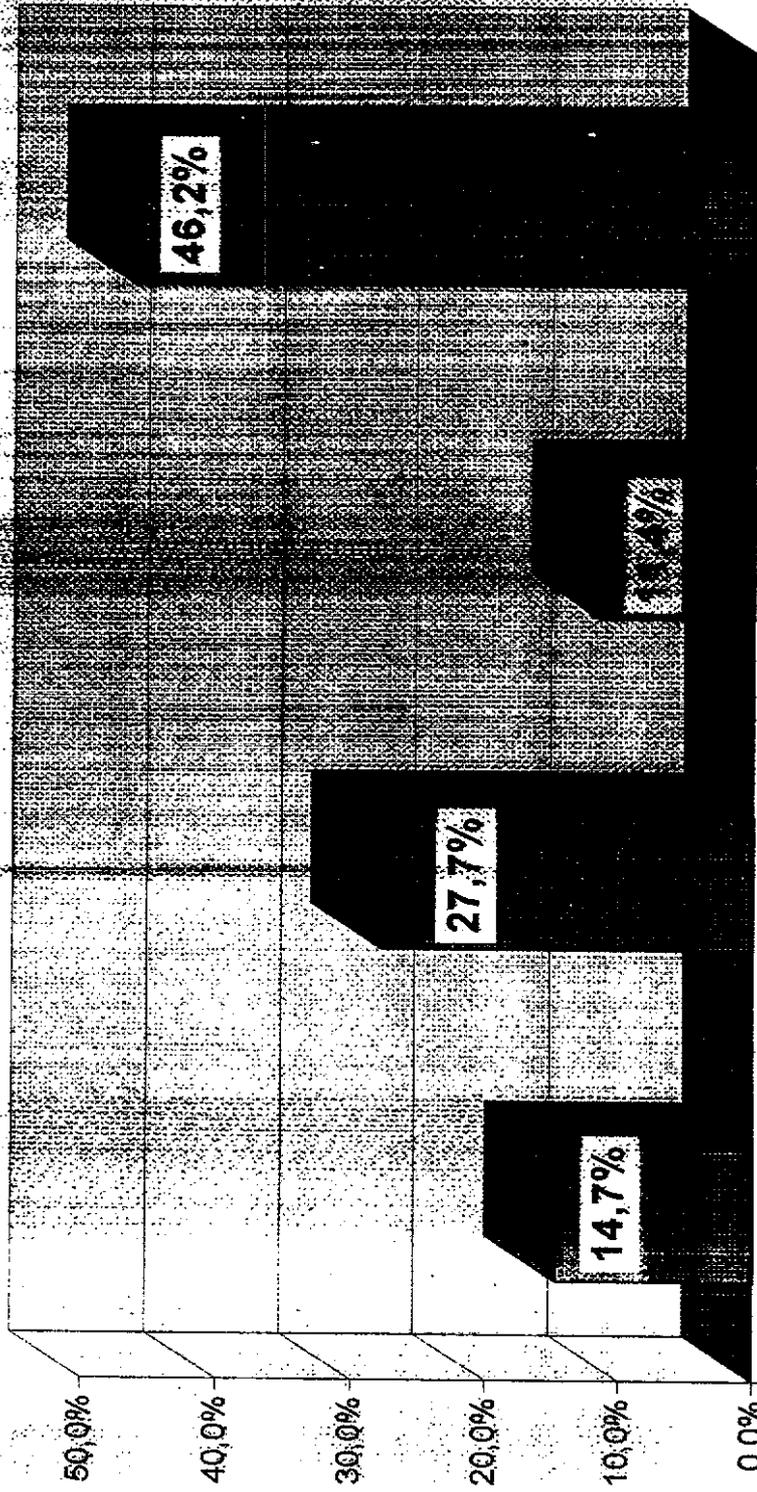
II  
Pflegestufe

III

# Pflegestufeneinteilung H. der Implantate

Medizinische  
Abteilung  
Prüfung  
Controlling/CA

Stationäre Pflege  
vom 01.01.1996 bis 30.06.1996



I II III  
Pflegestufe  
nicht  
erhebl.pflegebed.oder  
kein Antrag gestellt